

**7**  
**82**

# Union in Deutschland

Bonn, den 4. März 1982

## Politik gegen die Bürger

Mehr als zwei Drittel der Bürger unseres Landes lehnen die Erhöhung der Mehrwertsteuer ab, und sogar 63 Prozent der SPD- und 72 Prozent der FDP-Wähler glauben nicht, daß das sogenannte Beschäftigungsprogramm der Bonner Koalition eine deutliche Verringerung der Arbeitslosigkeit bringt. Doch Regierung und Koalition kümmern sich weder um die Meinung der Bürger noch um die andauernde Kritik der Massenmedien, Fachleute und Verbände.

Nach wochenlanger Verzögerungstaktik versucht die Koalition jetzt im Eiltempo die unveränderten Gesetzentwürfe im Bundestag durchzuboxen. Die Haltung der Union ist eindeutig. Helmut Kohl gab am Dienstag (2. März 1982) folgenden Bericht vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Unsere Strategie muß klar und unmißverständlich bleiben:

① Die Verantwortung für die zwei Millionen Arbeitslosen, für die dramatische Staatsverschuldung und für die wirtschaftliche Rezession tragen die Bundesregierung und die SPD/FDP-Koalition.

② Die CDU/CSU hat mit ihrem Sieben-Punkte-Programm eine klare wirtschafts- und finanzpolitische

(Fortsetzung auf Seite 2)

### ■ BESCHÄFTIGUNGSPROGRAMM

Klare Ablehnung in der Bevölkerung Seite 3

### ■ TASCHENGELD

Die polemischen Verdrehungen der SPD Seite 4

### ■ FINANZEN

Bereits 20 Milliarden neue Steuer- und Abgabenerhöhungen Seite 5

### ■ BUNDESPARTEI

Rentenreform von 1957 auch für die Zukunft sichern und fortentwickeln Seite 7

### ■ KOALITION

Linke der FDP fordert Anti-NATO-Parteitag Seite 9

### ■ CDU NIEDER-SACHSEN

Albrecht-Politik wird auch nach dem 21. März für festen Halt sorgen Seite 11

### ■ CDU HAMBURG

Ausgangslage so gut wie nie Seite 12

### ■ FLUGBLATT

Rechnung der SPD/FDP für die Arbeitnehmer und Rentner Seite 15

### ■ DOKUMENTATION

Versprochen — nicht gehalten (II) grüner Teil



(Fortsetzung von Seite 1)

Alternative vorgelegt, die wir offensiv vertreten müssen (Wortlaut UiD 5/82).

③ Die arbeitsmarktpolitischen Initiativen der SPD/FDP-Regierung bleiben reiner Aktionismus. Bundeskanzler, Bundesregierung und SPD/FDP ließen erneut viele Wochen verstreichen, bevor sie die Gesetzesvorlagen eingebracht haben.

Ihr aufgeregtes Gerede über die Arbeitslosen steht in krassem Widerspruch zu ihrem Handeln.

④ Es bleibt bei unserer Ablehnung der Erhöhung der Mehrwertsteuer. Sie ist unsozial, arbeitsplatzfeindlich und für die bevorstehende Tarifrunde schädlich.

Die SPD/FDP-Regierung hat Zeit genug gehabt, Alternativen zur Finanzierung vorzubereiten.

⑤ Die Beschlüsse des SPD-Bundesvorstandes in seinem Leitantrag zum SPD-Bundesparteitag und die Beschlüsse der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in Bonn lehnen wir entschieden ab:

- die Ergänzungsabgabe für Besserdienende (40 000/80 000),
- eine allgemeine Arbeitsmarktabgabe,
- Einführung der 35-Stunden-Woche,
- Verkürzung der Lebensarbeitszeit ohne versicherungs-mathematischen Abschlag,
- Einfrierung des Verteidigungshaushaltes.

Diese Forderungen sind mittelstandsfeindlich; sie verunsichern erneut die Investoren und zerstören das notwendige Vertrauen in die Wirtschaft. Damit werden nicht neue Arbeitsplätze geschaffen, sondern Arbeitsplätze vernichtet.

## Zur Lage der FDP

Der FDP-Kongreß in Köln und der FDP-Landesparteitag in Baden-Württemberg

zeigen, daß die Handlungsfreiheit der FDP-Führung innerhalb der Koalition immer kleiner wird.

Die FDP ist dabei, in den Strudel der SPD-Turbulenzen hineingezogen zu werden. Die SPD tut dies in voller Absicht, um die Abhängigkeit der FDP von der gegenwärtigen Koalition zu verstärken.

Beweis dafür sind

- die spektakulären Gerüchte über eine Kabinettsumbildung einschließlich der FDP-Minister Graf Lambsdorff und Ertl;
- die Erklärung von Willy Brandt auf dem SPD-Landesparteitag in Berlin über eine mögliche Zusammenarbeit der SPD mit den Grünen, wo immer sich das anbietet;
- die ständigen Veröffentlichungen über angebliche Verfehlungen der sogenannten rechten FDP-Politiker wie Ertl, Lambsdorff u. a.

## Die Situation in Polen

Militärdiktatur und Kriegsrecht dauern im 3. Monat an und scheinen sich zu einem Dauerzustand zu entwickeln.

Die jetzt nach der ZK-Sitzung erfolgten geringfügigen Lockerungen des Kriegsrechts schließen nicht aus, daß es im Frühjahr erneut zu einer Verschärfung der Krise kommen kann.

— Die Verhandlungen und Verurteilungen dauern an.

— Die Gewerkschaft Solidarität wird entgegen allen Versprechungen des Militäregimes systematisch zerschlagen.

— Der Druck auf die Kirche nimmt zu.

Angesichts dieser Lage ist die politische Uneinigkeit und Unentschlossenheit des westlichen Bündnisses beschämend und besorgniserregend zugleich. Die Bundesregierung trägt dafür ein hohes Maß an Verantwortung.

Die Reise von Herbert Wehner nach Warschau wurde vom polnischen Regime als willkommene moralische Unterstützung



## Klare Ablehnung in der Bevölkerung

**78 Prozent der Bevölkerung halten das sogenannte „Beschäftigungsprogramm“ der SPD/FDP-Koalition für nicht erfolgversprechend und 69 Prozent lehnen die Mehrwertsteuererhöhung ab, ergibt das ZDF-Politbarometer vom 1. März 1982.**

Die Meinungsumfrage fand in der Zeit vom 9. bis zum 12. Februar statt; befragt wurden 967 Bürger, ausgewertet wurde die Umfrage von der Forschungsgruppe Wahlen e. V. in Mannheim.

1. Glauben Sie, daß mit dem Beschäftigungsprogramm die Arbeitslosigkeit deutlich verringert werden kann, oder glauben Sie das nicht?

### Beschäftigungsprogramm (in %)

Erfolg?	SPD	FDP	CDU/CSU
ja	22	37	13
nein	78	63	86

II. Sind Sie mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer einverstanden, oder wären Ihnen andere Finanzierungen lieber gewesen?

**Einverstanden 31%**

**andere Finanzierung 69%**

4% Mineralölsteuer

4% Einkommen-, Lohnsteuer

4% Staatsverschuldung

**55% Staatsausgaben kürzen**

seiner Politik bewertet. Daran konnte auch Wehners Distanzierung von den offiziellen polnischen Erklärungen nichts ändern. Die Reise war aber zugleich ein demonstrativer Akt gegen die Bemühungen des Bündnisses, eine gemeinsame Politik gegenüber der Sowjetunion und dem polnischen Militärregime zu entwickeln.

Wem soll diese Reise demnach genützt haben?

### Ermittlungsverfahren

Wir fordern eine rasche und umfassende Aufklärung über die schwerwiegenden Verdachtsmomente, die die Bonner Staatsanwaltschaft zur Einleitung von Ermittlungsverfahren veranlaßt haben.

Dabei erwarten wir, daß den Betroffenen ein faires Verfahren zuteil wird. Politiker haben nicht mehr, aber auch nicht weniger Rechte als jeder andere Staatsbürger.

Unser demokratisches Parteiensystem wie unser Rechtsstaat erleiden einen unermesslichen Schaden, wenn — wie in den letzten Monaten — Informationen aus Vorermittlungen und Ermittlungsverfahren

in die Presse lanciert werden. Die Betroffenen sollen dadurch einer langanhaltenden Kampagne ausgesetzt werden, die nicht nur ein ordnungsgemäßes rechtsstaatliches Verfahren verhindern muß, sondern bereits zu öffentlichen Verurteilungen führt, bevor feststeht, ob jemals Anklage erhoben werden wird.

Wer daraus parteipolitischen Nutzen ziehen will, muß wissen, daß mit solchen Methoden alle demokratischen Kräfte, alle Parteien, unser Staat schlechthin in den Grundfesten erschüttert werden. In diesem Zusammenhang müssen nicht nur die Ermittlungsverfahren selbst, sondern auch die Quellen der Veröffentlichungen einer raschen Klärung zugeführt werden.

Eine Reihe der veröffentlichten Quellen deuten darauf hin, daß es sich um Unterlagen im Rahmen der Berichtspflicht der Staatsanwaltschaft handelt. Wir erwarten deshalb insbesondere Aufklärung vom zuständigen Justizminister von Nordrhein-Westfalen, Frau Minister Donnep, und dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Rau.



## ■ TASCHENGELD

### Die polemischen Verdrehungen der SPD

**In den letzten Tagen häufen sich die Hinweise, daß die SPD mit polemischen Verdrehungen versucht, die Union für die Kürzung des Zusatztaschengeldes für Heimbewohner nach dem Bundessozialhilfegesetz verantwortlich zu machen.**

**D**azu stellt Heiner Geißler fest: Die SPD sagt wieder einmal die Unwahrheit. Ihr schlechtes Gewissen gegenüber den sozial schwächeren Mitbürgern läßt der SPD offenbar nur den Ausweg in die Diffamierung des politischen Gegners.

Offenbar will die SPD davon ablenken, daß diese und andere Kürzungen beim Bundessozialhilfegesetz überhaupt nur darauf zurückzuführen sind, daß SPD und FDP durch maßlose Staatsverschuldung und eine unsolide Wirtschafts- und Finanzpolitik die staatlichen Haushalte an den Rand des Ruins gebracht haben.

Für die Regelung des Zusatztaschengeldes sind folgende Tatsachen wichtig:

— Das Zusatztaschengeld, das nur derjenige Heimbewohner erhält, der eigene Leistungen mit einbringt, ist durch das 2. Haushaltsstrukturgesetz gekürzt worden. Das allgemeine, jedem Heimbewohner zustehende Taschengeld wird durch die Neuregelung nicht berührt.

— Im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat ist das Zusatztaschengeld Gegenstand harter Auseinandersetzungen gewesen. Am Rande des Vermittlungsverfahrens, während der laufenden Beratungen, wurde das sogenannte „Glombig-Papier“ — benannt nach dem Vorsitzenden des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion — be-

kannt, in dem die SPD die völlige Streichung des Zusatztaschengeldes vorsah. Die SPD wollte die Streichung aus ideologischen Gründen, die sie als „soziale Gerechtigkeit“ auszugeben versuchte: Diejenigen, die zur Bestreitung des Heimaufenthalts eigene Leistungen einbringen, sollten denen gleichgestellt werden, die ausschließlich auf Kosten der Sozialhilfe im Heim leben.

— Die CDU/CSU hat sich der Forderung der SPD nach völliger Streichung des Zusatztaschengeldes erfolgreich widersetzt.

— Die SPD war nicht bereit, Einschränkungen bei den Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz hinzunehmen, um dadurch finanziellen Spielraum bei der Sozialhilfe zu gewinnen.

— Im Deutschen Bundestag hat die SPD der Kürzung des Zusatztaschengeldes zugestimmt. Dort hat die SPD — zusammen mit der FDP — die Mehrheit.

— Im Bundesrat hat neben anderen auch das Land Nordrhein-Westfalen der Kürzung des Zusatztaschengeldes zugestimmt. Das Land Nordrhein-Westfalen wird bekanntlich allein von der SPD regiert.

So sehen die Tatsachen aus. Wie wenig sich SPD und FDP um die wirtschaftliche Situation der Rentner kümmern, ist auch daraus zu ersehen, daß die Rentner von den letzten Beschlüssen der Bundesregierung gleich mehrfach hart betroffen werden, so zum Beispiel

— durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer,

— durch höhere Mieten und

— durch den vorgezogenen Krankenversicherungsbetrag der Rentner.

Das ist der ungeschminkte Sachverhalt. Es sollte nicht vergessen werden, wo die Ursachen für die Kürzung des Zusatztaschengeldes zu suchen sind und wer dafür politisch die Verantwortung trägt.



## ■ FINANZEN

# Bereits 20 Milliarden neue Steuer- und Abgabenerhöhungen

**Entgegen allen Beteuerungen geht die SPD/FDP-Bundesregierung weiter den Weg der ständigen Steuer- und Abgabenerhöhungen, stellt der finanzpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Hansjörg Häfele, fest. In der laufenden Legislaturperiode sind bisher schon über 16 Milliarden Mark Steuer- und Abgabenerhöhungen infolge Gesetzesänderungen in Kraft getreten. Dies gilt für ein einzelnes Jahr, in welchem die Gesetzesänderungen volle Wirksamkeit erlangen. Bei Hinzurechnung der automatischen Wiederanhebung der Rentenversicherungsbeiträge von 18 auf 18,5% ab 1. Januar 1984 steigt die Abgabenlast sogar auf jährlich über 20 Milliarden Mark.**

**D**arüber hinaus will die Bundesregierung nunmehr die Mehrwertsteuer erhöhen. Dies brächte auf Dauer jährliche Mehreinnahmen von über 8 Milliarden Mark. Da die CDU/CSU — in Übereinstimmung mit den Worten (nicht Taten) des Bundeskanzlers, des FDP-Vorsitzenden Genscher, des Wirtschaftsministers Graf Lambsdorff — den weiteren Marsch in den Abgaben- und Steuerstaat für grundfalsch hält, wird die Mehrwertsteuererhöhung nicht zustande kommen.

Die Bundesregierung sollte endlich jede vergebliche Mühe einstellen, die Mehrwertsteuererhöhung durchsetzen zu wollen. Sie sollte sie schleunigst aus ihrem

Gesetzentwurf entfernen und sich der Aufgabe zuwenden, den Bundeshaushalt 1983 mit durchgreifenden Einsparungen vorzubereiten. Den Weg der Einsparungen wird die CDU/CSU mitgehen.

Oder bleibt die SPD tatsächlich unbelehrbar? Ungeachtet der massiven Steuer- und Abgabenerhöhungen (s. auch Tabelle) der letzten Jahre werden im Leit Antrag des SPD-Vorstands für den Münchner Parteitag im April eine noch höhere Staatsverschuldung und eine Arbeitsmarktabgabe für Beamte und Selbständige gefordert. Auch weitere Steuererhöhungen sollen nicht tabu sein. Damit ist für jedermann offenkundig, was Wirtschaft, Steuer- und Abgabenzahler erwartet, wenn die Finanz- und Wirtschaftspolitik in unserem Lande weiter der SPD anvertraut bleibt.

Schon zu dem unzulänglichen Versuch des letzten Sommers, unsere Staatsfinanzen zu sanieren, mußten SPD-Minister und SPD-Fraktion „getragen“ werden. Jetzt wird klar: Sparen ist für die SPD nur ein Lippenbekenntnis, ihr wirkliches Ziel ist der Steuer-, Abgaben- und Schuldenstaat. Und jeder weiß jetzt auch, was er von der unverbindlichen Ankündigung von Steuersenkungen für 1984 zum Ausgleich der von SPD und FDP beabsichtigten Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Juli 1983 zu halten hat.

Unerträglich ist schließlich der Angriff auf die Unabhängigkeit der Bundesbank. Die Forderung nach einer „stärkeren Ausrichtung der Politik der Bundesbank an den



Erfordernissen einer beschäftigungsorientierten Wirtschaftspolitik" bedeutet nichts anderes als das schlichte Verlangen, zur Erreichung von kurzfristigen Strohfeuer-Erfolgen auf dem Arbeitsmarkt dem Geldwertverfall freien Lauf zu lassen. Daß da-

mit langfristig auch die Arbeitsmarktprobleme nur verschärft werden, ist der SPD gleichgültig. Im einzelnen errechnen sich die Steuer- und Abgabenerhöhungen dieser Legislaturperiode wie folgt:

	<b>Entstehungsjahr<sup>1)</sup></b>	
	<b>insgesamt</b>	<b>Bund</b>
	<b>— in Mio. DM —</b>	
Mineral- und Branntweinsteuererhöhung zum 1. April 1981 sowie Verkürzung des Zahlungsaufschubs bei der Branntweinsteuer	3 852	3 852
Steuererhöhungen im Subventionsabbaugesetz	883	350
Höhere Postablieferung (Telefonsteuer)	1 270	1 270
Beitragsanhebung in der Rentenversicherung von 18 auf 18,5 v. H. zum 1. Januar 1981 (Mehreinnahmen der RV in 1981: 3,2 Mrd. DM)	—	—
Steuererhöhungen im Zweiten Haushaltsstrukturgesetz (Steuererleichterungen gegengerechnet)	1 726	936
Branntwein- und Schaumweinsteuererhöhung zum 1. April 1982, Tabaksteuererhöhung zum 1. Juni 1982, Aufhebung der Mineralölsteuerfreiheit für Probeläufe von Ausfuhrmotoren (Verbrauchssteueränderungsgesetz 1982)	2 833	2 833
Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung von 3 auf 4 v. H.	5 650	5 650
Nach Art. 1 § 1 Nr. 55 AFKG (§ 174 AFG) kann die Bundesregierung ab 1. Januar 1984 den Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung durch Rechtsverordnung wieder senken. Dagegen tritt die Erhöhung des Beitrags zur RV von 18 auf 18,5 v. H. am 1. Januar 1984 wieder automatisch in Kraft (Art. 5 Nr. 1 a, Art. 7 Nr. 1 a und Art. 9 Nr. 2 AFKG). Dadurch Mehreinnahmen der RV 1984 von voraussichtlich 3,8 Mrd. (1984)	3 800	3 800
<b>zusammen</b>	16 214	14 891
	(1984) <u>20 014</u>	<u>18 691</u>

### **Beabsichtigte Steuererhöhungen**

Mehrwertsteuererhöhung ab 1. Juli 1983	8 250	5 445
Festsetzung von Steuernachforderungen aus nicht abgeschlossenen Betriebsprüfungen (§ 173 AO)	500	210
Vorgezogene Neubewertung für baureife Grundstücke ab 1. Januar 1983	?²)	?²)

<sup>1)</sup> in den ersten 12 Monaten der vollen Wirksamkeit entstehende haushaltmäßige Auswirkung

<sup>2)</sup> nicht quantifizierbar



## ■ BUNDESPARTEI

# Rentenreform von 1957 auch für die Zukunft sichern und fortentwickeln

**Die vom Bundesvorstand auf Grund entsprechender Beschlüsse der beiden letzten Parteitage berufenen Kommission „Soziale Sicherung“ hat sich am 26. Februar 1982 im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn konstituiert. Aufgabe der Kommission wird es sein, einen Bericht zu erarbeiten über die Sicherung der finanziellen Grundlagen der Rentenversicherung, über den Zusammenhang von Renten- und Familienpolitik, über die Folgen des dramatischen Geburtenrückgangs auf die Sozialversicherung und über die Gleichbehandlung von Mann und Frau im Rentenrecht (Rentenreform '84).**

**D**ie CDU will mit diesem Bericht eine Grundlage erarbeiten, erklärte Heiner Geißler, die es der CDU in der Regierungsverantwortung ermöglichen wird, die von ihr geschaffene große Rentenreform von 1957 auch über die 80er Jahre hinaus zu sichern und fortzuentwickeln. Der Arbeit der Kommission kommt daher eine hohe Bedeutung zu, zumal das System unserer sozialen Sicherung inzwischen durch die verfehlte Politik von SPD und FDP ernsthaft gefährdet ist. Das Vertrauen der Bürger in die Demokratie ist auch davon abhängig, ob sie Vertrauen haben können in die Stabilität der sozialen Sicherung und ihrer Finanzierbarkeit.

Die Kommission hat 28 Mitglieder und wird vom Generalsekretär der CDU geleitet. Sie setzt sich zusammen aus Vertretern der Wissenschaft, der Selbstverwal-

tungskörperschaften und der Politik. Die Kommission wird bis Ende des Jahres 1982 dem Bundesvorstand der CDU einen Bericht vorlegen. Die CDU wird auf einem Bundesparteitag über die Sicherung und die Weiterentwicklung unseres Systems der sozialen Sicherung abschließend beraten und entscheiden.

Die CDU fühlt sich hinsichtlich der Sicherung des Generationenvertrages in besonderem Maß verpflichtet. Sie hat 1957 gegen den Widerstand der SPD die brutto-lohnbezogene, dynamische Rente geschaffen, die auch international als Beispiel einer vorbildlichen Sozialpolitik gilt. Die CDU hat als erste der im Bundestag vertretenen Parteien Konzepte einer eigenständigen sozialen Sicherung der Frau vorgelegt. Sie geht von der Gleichberechtigung von Mann und Frau aus. Die Tätigkeit der Hausfrau und Mutter soll derjenigen der berufstätigen Frau gleichgestellt werden.

Die CDU steht auch in Zukunft zu den bewährten Prinzipien der Rentenreform von 1957. Diese in der Nachkriegszeit bedeutendste Sozialreform darf nicht staatlicher oder parteiideologischer Willkür anheimgestellt und ruiniert werden. Die CDU wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, daß für die Rentenversicherung folgende Grundsätze gelten: Leistungsgerechtigkeit statt Einheitsrente, Solidarität zwischen den Generationen, Teilhabe der Rentner am wirtschaftlichen Fortschritt, Versicherungsprinzip statt staatlicher Versorgung.

Die Politik der amtierenden Bundesregie-



rung ist gegenwartsorientiert, es fehlt ihr die Kraft zu einer Politik, die den großen Zukunftsproblemen unseres Landes gerecht wird. Die CDU wird durch eine neue Politik das gestörte Gleichgewicht zwischen Gegenwart und Zukunft wieder herstellen.

Mitglieder der Kommission „Soziale Sicherung“ sind:

Vorsitzender: Dr. Heiner **Geißler**, MdB, Prof. Dr. Kurt **Biedenkopf**, MdL, Senator Dr. Norbert **Blüm**, Benno **Erhard**, MdB, Senator Ulf **Fink**, Heinrich **Franke**, MdB, Dr. Hansjörg **Häfele**, MdB, Minister Prof. Dr. Gerhard **Zeitel**, Dr. Haimo **George**, MdB, Dr. Norbert **Lammert**, MdB, Adolf **Müller** (Remscheid), MdB, Minister Dr. Burkhard **Ritz**, Wolfgang **Vogt**, MdB, Roswitha **Verhülsdonk**, MdB, Dr. Dorothee **Wilms**, MdB, Staatssekretär Werner **Chory**, Dr. **Ecker**, Vorsitzender Richter am Bundessozialgericht, Prof. Dr. **Heubeck**, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung, Prof. Dr. Philipp **Herder-Dorneich**, Universität Köln, Prof. Dr. Paul **Kevenhörster**, Pädagogische Hochschule Westf.-Lippe, Prof. Dr. Klaus **Mackscheidt**, Universität Köln, Mitglied der Wissenschaftlergruppe, die das Gutachten des Sozialbeirates zu längerfristigen Entwicklungsperspektiven der Rentenversicherung erarbeitet hat; Prof. Dr. Winfried **Schmähl**, Mitglied der Wissenschaftlergruppe des Sozialbeirates zu längerfristigen Entwicklungsperspektiven der Rentenversicherung; Prof. Dr. Rita **Süßmuth**, Pädagogische Hochschule Dortmund, Mitglied der Kommission, die den 3. Familienbericht der Bundesregierung erarbeitet hat; Prof. Dr. Max **Wingen**, Bevölkerungswissenschaftler, Präsident des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg; Dr. Josef **Stingl**, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Thomas **Ruf**, Rudolf Nickels, Vorsitzender der Bundesknappschaft, Dr. Rudolf **Kolb**, Verband Deutscher Rentenversicherungsträger.

## STICHWORT

### Generationenvertrag

*Der Grundgedanke des Finanzierungsverfahrens in der Rentenversicherung ist der sogenannte Generationenvertrag. Er ist eine nicht schriftlich festgelegte Vereinbarung zwischen den Generationen, und zwar einmal der Generation der Rentner, die Einkommensleistungen von der Rentenversicherung erhalten; dann der Generation der Erwerbstätigen, die heute Beiträge in die Rentenkasse einzahlen, deren Aufkommen zur Finanzierung der Renten der heutigen Rentner verwendet werden; und drittens der Generation der Jugendlichen und der heute noch gar nicht Geborenen, die als Beitragszahler von morgen die Finanzmittel zur Bezahlung der Renten der heutigen Beitragszahler und Rentner von morgen erwirtschaften.*

*Bestand kann dieser Generationenvertrag nur haben, wenn Vertrauen besteht in die fortdauernde Bereitschaft der Erwerbstätigen, Teile ihres Einkommens zugunsten von Nichterwerbstätigen (Rentnern) abzugeben. Dies setzt voraus, daß sich die daraus ergebende Belastung der Erwerbstätigen in zumutbaren Grenzen bewegt.*

*Gerade von dieser Seite jedoch droht Gefahr für die Rentenversicherung. Heute finanzieren drei Beitragszahler einen Rentner. Nach dem Jahre 2000 werden im ungünstigsten Fall 5 Beitragszahler die Rente für 4 Rentner verdienen müssen, wenn der Geburtenrückgang sich weiter fortsetzt. Die Folge ist, daß die Beitragssätze in der Rentenversicherung bis auf 30% angehoben werden müssen.*

*Die Erhaltung des Generationenvertrages setzt eine aktive zukunftsorientierte Familienpolitik voraus. Nur dann können sich die Menschen heute darauf verlassen, daß die nachfolgende Generation ihnen morgen die Altersversorgung sichert.*



## ■ INFORMATION / KOALITION

### Linke der FDP fordert Anti-NATO-Parteitag

Annähernd 700 Mitglieder des linken FDP-Flügels haben bei einem Kölner Kongreß unter dem Titel „Noch eine Chance für die Liberalen“ in einem Appell die Einberufung eines außerordentlichen FDP-Parteitags noch für das Jahr 1982 verlangt. Obgleich es sich bei dem vom „Liberalen Bildungswerk Nordrhein-Westfalens“ veranstalteten Kongreß nicht um ein Parteigremium der FDP handelte und sich keiner der Teilnehmer auf ein Delegiertenmandat stützen konnte, fungierte die Versammlung als eine Art Tribunal gegenüber der durch den stellvertretenden FDP-Vorsitzenden Ronneburger und Generalsekretär Verheugen vertretenen Parteiführung.

Gegen den Widerspruch Ronneburgers und weniger Teilnehmer des Kongresses fand ein Bremer Nachrüstungsgegner die Zustimmung der großen Mehrheit zu dem „Appell“, mit dem der FDP-Vorsitzende Genschler veranlaßt werden soll, auf einem Sonderparteitag eine Zwischenbilanz der Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen und der Bonner Sicherheitspolitik vorzulegen. Die Stoßrichtung dieses Appells zielt gegen die Nachrüstung.

### Von jeder zusätzlichen Mark bleiben nur noch 40 Pfennig

Zu einem „Aderlaß der Steuerpflichtigen“ führt nach Auffassung des Münchner Ifo-Institutes die steuerpolitische Marschroute der Bundesregierung in der „Operation '82“. Das werde mit der Verabschiedung der beschäftigungspolitischen Maßnahmen deutlich. Die Erhöhung der Ver-

brauchsteuern und die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer zusammen würden sich im Zeitraum zwischen 1981 und 1984 auf Mehreinnahmen von nicht weniger als 34 Milliarden DM summieren.

Dagegen wird die Steuerentlastung nach den Berechnungen des Instituts voraussichtlich nur eine Größenordnung von etwa 9,5 Milliarden DM erreichen. Dieser Betrag entspreche ungefähr den zu erwartenden höheren Einnahmen durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Die Durchschnittsbelastung der Bruttolöhne und -gehälter mit Lohnsteuer läge in diesem Fall bei 18,1 Prozent und damit wesentlich über dem Niveau von 1975. Noch nicht einmal die Rückgabe der in der Zwischenzeit eingetretenen heimlichen Steuererhöhungen wäre damit laut Ifo erreicht.

Den Anstieg bei der Belastung der Bruttolöhne und -gehälter mit Lohnsteuer bezeichnet das Ifo-Institut als dramatisch. Bislang habe man eine solche Erhöhung nicht gekannt. Von jeder zusätzlich verdienten Mark verblieben dem Arbeitnehmer nach Abzug der öffentlichen Abgaben nur noch 40 Pfennig. Der Fiskus allein werde 34 Pfennig kassieren.

### Kriegsopfer nennen Rentenpolitik „Skandal“

Als einen Skandal hat der Präsident des Verbandes der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands (VDK), Weishäupl, in einem Fernschreiben an Bundeskanzler Schmidt die geplante Rentenkürzung um ein Prozent bezeichnet. Weishäupl erklärte in Bonn: „Die Rentner sind die Sparkasse der Nation. Wenn die Bundeskasse ein Loch hat — so wie jetzt bei der Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms —, werden die Rentner geschröpft. Sie sind die Bevölkerungsgruppe, die in den letzten Jahren am häufigsten für verfehlte Finanzpolitik zahlen mußte.“ Bei den stei-



genden Belastungen durch Krankenkassenbeiträge, Kaufkraftverlust und Mehrwertsteuer reiche die Rente bald nicht mehr zur Existenzsicherung aus.

## Schmidt gegen Vorwurf aus Israel in Schutz genommen

Helmut Kohl hat Bundeskanzler Schmidt gegenüber den Vorwürfen des israelischen Ministerpräsidenten Begin in Schutz genommen. Helmut Kohl sagte, bei allen schrecklichen Erfahrungen, die Begin gemacht habe, sei er doch nicht berechtigt, deutsche Soldaten und deutsche Offiziere pauschal zu verdächtigen.

## Niedersachsen-Kabinetts kürzt Gehälter

Das niedersächsische CDU-Kabinetts unter Ministerpräsident Albrecht hat beschlossen, die Gehälter des Regierungschefs und der Minister um ein Prozent zu kürzen. Nach Angaben von Regierungssprecher von Poser tritt die Kürzung am 1. März in Kraft. „Die Regierung Albrecht möchte mit dieser Entscheidung ein Zeichen setzen“, sagte von Poser.

## Lokaljournalistenpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung

Zum zweiten Mal hat die Konrad-Adenauer-Stiftung ihren mit nahezu 20 000,— DM dotierten Lokaljournalistenpreis verliehen und gibt hiermit die Preisträger des Jahres 1981 bekannt:

Den 1. Preis (6 000 DM) erhielt die Lokalredaktion Ulm der Südwest-Presse für ihre „Jugend-Aktion“, in der vor Ort geprüft wurde, was die Jugend will, welche Unsicherheit und Nöte sie plagt.

Der 2. Preis (4 000 DM) wurde den „Rieser Nachrichten“ zugesprochen, einer kleinen Lokalredaktion, die unter dem Leitwort

„Eine Lokalzeitung mischt sich ein“ engagierte kommunalpolitische Berichterstattung leistete.

Der 3. Preis (je 2 500 DM) wurde in diesem Jahr zweimal vergeben, und zwar an die Lokalredaktion Köln der „Kölnischen Rundschau“ für ihre Serie „Wohnungsnot in Köln“ und an die „Badische Zeitung“ (Lokalredaktion Villingen-Schwenningen) für ihr Forum: „Ist Arbeit bald Luxus?“.

Der Sonderpreis für eine herausragende journalistische Einzelleistung (ein 14tägiger Aufenthalt im ehemaligen Feriendomizil Konrad Adenauers in Cadenabbia) wurde in diesem Jahr nur einmal verliehen, und zwar an Hans Hoffmann für seine in der „Aachener Volkszeitung“ veröffentlichten Serien über die Probleme von Strafgefangenen, Kindern und Jugendlichen.

## Deutscher Steuerzahler muß für Ostschulden berappen

Zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion betr. „Verschuldung der Ostblockstaaten gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und den westlichen Industrienationen“ erklärte der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Hansjörg Häfele: Die Verschuldung der Ostblockstaaten gegenüber der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der allzu sorglosen, auf Erfolgswang beruhenden Ostpolitik hat eine erhebliche Größenordnung erreicht. Angesichts der Risiken, die sich derzeit in Polen, aber auch bereits in Rumänien zeigen, sollte die Kreditvergabe an Länder des Ostblocks künftig mehr nach wirtschaftlichen Zweckmäßigkeiten als nach politischen Erwägungen erfolgen. Ansonsten könnte eines Tages der Steuerzahler über fällig werdende Bundesbürgschaften für notleidende Ost-Kredite die Zeche zahlen müssen.



## ■ CDU NIEDERSACHSEN

# Albrecht-Politik wird auch nach dem 21. März für festen Halt sorgen

**Selbstbewußt und gut gerüstet sieht die Niedersachsen-CDU der Landtagswahl am 21. März entgegen. Auf dem Landesparteitag in Osnabrück wurde am 27. Februar die „heiße Phase“ des Wahlkampfes durch eine eindrucksvolle Rede von Ministerpräsident Ernst Albrecht eingeläutet.**

**A**m Vormittag war der Landesvorsitzende Wilfried Hasselmann zum achten Male wiedergewählt worden. Für Hasselmann stimmten 494 Delegierte, gegen ihn votierten elf und zehn enthielten sich der Stimme. Hasselmann konnte damit sein Wahlergebnis gegenüber 1980 von damals 94,7 Prozent auf jetzt 97,8 Prozent verbessern.

Auch Hasselmanns Stellvertreter, Sozialminister Hermann Schnipkoweit (473 Ja und 42 Nein-Stimmen), der Bundestagsabgeordnete Rudolf Seiters (453 Ja, 62 Nein) und die Bundestagsabgeordnete Ursula Benedix-Engler (388 Ja, 117 Nein) wurden in ihren bisherigen Ämtern bestätigt, desgleichen der Landesschatzmeister Philip von Bismarck (452 Ja, 49 Nein). Überraschend konnte die Junge Union neben ihrem Landesvorsitzenden Büttner einen zweiten Beisitzer, Volker Kriegel, im Landesvorstand unterbringen. Die meisten Stimmen für seine Wiederwahl als Beisitzer erlangte (mit 485 Stimmen) Kultusminister Werner Remmers.

Zur bevorstehenden Landtagswahl in Niedersachsen sagte Wilfried Hasselmann, dieses Datum sei nur eine Etappe für die CDU, die sie erfolgreich bestehen wolle. Die niedersächsische CDU als Teil der

Bundes-CDU stehe bereit, ihren Teil der Pflichten zu erfüllen, die die Union zu tragen habe. Er sei zuversichtlich, daß die CDU die niedersächsischen Wahlen am 21. März gewinnen werde. Albrecht-Politik in Niedersachsen — das bedeute, daß alle Bereiche der Politik in den Dienst am Bürger gestellt werde. Dazu nannte Hasselmann folgende Beispiele:

— Der Unterrichtsausfall an den Grund-, Haupt- und Realschulen wurde beseitigt, dem Schulsterben kleinerer Schulen ein Ende gemacht.

— In der Finanzpolitik wurde der Weg zur Konsolidierung der Finanzen beschritten. Kein anderes Bundesland, geschweige denn der Bund, hat seine Nettoverschuldung jährlich um 100 Millionen DM gesenkt. Wir haben die maßlose Schuldenpolitik der SPD gestoppt.

— Die kommunale Selbstverwaltung wurde gestärkt und vor allem in der Raumordnung ein Kurs gesteuert, der die Gemeinden von den dirigistischen staatlichen Zügeln befreit hat.

— Wir haben für mehr Bürgernähe dort gesucht, wo sie am intensivsten gesucht wird: in den Gemeinden. Sie wurden zu Anlaufstellen für den Bürger in allen Verwaltungsbereichen.

— Wir haben mit den Sozialstationen ein flächendeckendes Netz des Dienstes am Nächsten geschaffen und für menschenwürdige Zustände an den Landeskrankenhäusern gesorgt.

Ministerpräsident Ernst Albrecht rief die Delegierten dazu auf, die erfolgreiche Politik der Union selbstbewußt und positiv



darzustellen. Die Regierungspartei von heute sei auch die von morgen. Albrecht begründete dies mit der seit 1976 in der Regierungsverantwortung bewiesenen Leistungsfähigkeit. Als Beispiel nannte der Ministerpräsident den in der vergangenen Woche im niedersächsischen Landtag gegen die Stimmen der SPD verabschiedeten Landes-Haushalt, in dem 227 Millionen DM für zusätzliche Investitionen aufgenommen worden seien. Damit werde mehr als das Doppelte an Investitionen bewirkt als das gesamte Bonner Programm für Niedersachsen — falls es überhaupt verwirklicht werden sollte.

Die Delegierten verabschiedeten unter anderem einen Antrag, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, die Polizei auch in den nächsten Jahren personell aufzustoßen, die Ausrüstung weiter zu verbessern und darauf hinzuwirken, daß in Schule und Medien eine „positive Imagebildung“ des Berufsbildes des Polizeibeamten geschaffen werde. Weiter beschloß der Parteitag einen Antrag zum Thema „Ausländische Mitbürger in Deutschland“. Darin wird gefordert, zur echten Integration der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer einen weiteren Zuzug zu begrenzen. Beim Bau und der Vergabe von Sozialwohnungen und öffentlich geförderten Wohnungen sollten ausländische Arbeitnehmer wie Deutsche berücksichtigt werden, um einer Gettobildung vorzubeugen.

In einem einstimmig verabschiedeten Antrag verurteilte der Parteitag die als „Skandal“ bewertete Reise Herbert Wehners nach Warschau. Damit habe Wehner zur Aufwertung des polnischen Militärregimes und zu dessen Befreiung aus der internationalen Isolierung beigetragen. In dem von der Jungen Union initiierten Antrag wird die sofortige Aufhebung des Kriegsrechts, die Abdankung der Militärregierung, die Freilassung der Inhaftierten, die Wiederherstellung der Unabhängigkeit und die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaft „Solidarität“ gefordert.

## ■ CDU HAMBURG

### Ausgangslage so gut wie nie

**Der Versuch der Hamburger SPD, mit einem neuen Bürgermeister das Blatt für sie zum Günstigen zu wenden, ist mißglückt. Keines der Probleme der Stadt ist seit dem Wechsel im Amt des Bürgermeisters von Klose auf von Dohnanyi gelöst worden. Es blieb bei der SPD-Politik des Ausklammers und Verschleierns.**

Diese Vorwürfe richtete auf dem Landesparteitag der Hamburger CDU der Landesvorsitzende Jürgen Echternach an die Adresse der regierenden SPD und begründete diese Kritik: vom SPD-Senat sei weder ein klares Wort zur weiteren Beteiligung der Hansestadt am Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf zu hören, noch äußere sich die SPD verbindlich zur Zukunft des geplanten Großflughafens Kaltenkirchen. Dafür aber sei das SPD-Handeln dann eindeutig, wenn es um die Fortsetzung des Klose-Kurses der ungehinderten Einstellung kommunistischer Lehrer und um die Fortsetzung der verhängnisvollen Schuldenpolitik gehe.

Noch niemals seit 29 Jahren — so Echternach weiter — sei die politische Ausgangslage vor einer Bürgerschaftswahl für die CDU so gut gewesen wie jetzt. Dazu hätten nicht nur das Versagen der Genossen in Bonn und Hamburg geführt, sondern nicht zuletzt die Leistungen der CDU-Bürgerschaftsfraktion und vor allem das hohe Ansehen des CDU-Bürgermeister-Kandidaten Walther Leisler Kiep.

Kiep, der von den rund 250 Delegierten stürmisch gefeiert wurde, verlangte vom derzeitigen Bürgermeister Auskunft dar-



über, ob die SPD nach dem Wahltag zu einem Zusammengehen mit Grünen und Bunten bereit sei. Es müsse zu denken geben, daß von Dohnanyi sich in aller Öffentlichkeit engagiert gegen eine Zusammenarbeit mit der CDU ausgesprochen habe, eine ähnlich klare Aussage zum Verhältnis zu den Grünen und Bunten aber vermissen lasse.

## Jürgen Echternach für weitere zwei Jahre Vorsitzender

Auf die FDP in der Hansestadt eingehend fragte der Unionspolitiker, wo — wenn nicht in Hamburg — eine liberale Erneuerung, wie sie von der CDU angestrebt werde, erforderlich sei. Wenn die FDP sich für eine Koalition mit der SPD ausgesprochen habe, und dieses mit der Sorge vor einer „Blockade“-Politik der CDU im Bundesrat begründe, dann sei das lediglich ein durchsichtiges Alibi. Auch die Hamburger FDP wisse, daß die Politik Schmidts und Genschers durch Parteitagsbeschlüsse der Hamburger SPD weit mehr behindert werde, als durch das Unionsverhalten im Bundesrat. Keine Überraschungen brachten die anstehenden Landesvorstandswahlen. Jürgen Echternach, bereits seit 1974 im Amt des Landesvorsitzenden, wurde mit eindrucksvoller Mehrheit für weitere zwei Jahre in dieser Funktion bestätigt.

Umfangreiche Diskussionen kennzeichneten die Debatte um das Wahlprogramm für den 6. Juni. Fast 900 Anträge waren aus der Partei und aus der Bevölkerung eingegangen. Beachtung über die Landesgrenzen hinaus fand das Votum der Delegierten, nach einem Wahlsieg in Hamburg Volksbefragungen sowie Volksentscheide verfassungsmäßig zu verankern. Damit solle, wie Jürgen Echternach formulierte, die Gefahr abgebaut werden, daß sich Senatspolitik vom Auftrag der Bürger abkop-

pele, wie es in der Vergangenheit nur allzu häufig geschehen sei. Befürchtungen, die Einführung dieser Instrumente werde zu einem permanenten Wahlkampf führen, seien nicht stichhaltig. Die Erfahrung habe gezeigt, daß es bundesweit lediglich in drei Fällen zur Anwendung dieses Instrumentariums gekommen sei.

Unstrittig waren die meisten übrigen Schwerpunkte des CDU-Wahlprogramms. Dazu gehören insbesondere die Verbesserung der staatlichen Rahmenbedingungen zur Schaffung neuer und Sicherung vorhandener Arbeitsplätze, die dringend erforderliche Konsolidierung der Staatsfinanzen und eine intensive Förderung des Wohnungsbaus. Die CDU — so der Wille der Delegierten — wird dafür sorgen, daß die ideologisch bedingten Schulexperimente ein Ende finden und Extremisten der Zugang in den öffentlichen Dienst erschwert wird. Ein eindeutiges Votum legte der Parteitag auch für die weitere Beteiligung Hamburgs am Kernkraftwerk Brokdorf ab und plädierte für zügige Verhandlungen mit Schleswig-Holstein, um doch noch den Bau des vorgesehenen Großflughafens Kaltenkirchen zu ermöglichen.

## Hohes Maß an Übereinstimmung

„Hamburg braucht den Wechsel — Hamburg braucht Kiep“. Mit dieser zentralen Wahlkampfaussage werden die Mitglieder der Hamburger CDU den Wahlkampf führen. Der Bürgermeisterkandidat Walther Leisler Kiep werde von einer Woge der Sympathie getragen, betonte Jürgen Echternach, und in keiner anderen Hamburger Partei gebe es im grundsätzlichen und in Kernfragen Hamburger Politik ein so hohes Maß an Übereinstimmung wie in der CDU. Diese Tatsachen rechtfertigten, mit Optimismus dem Wahltag entgegenzusehen.



## Reorganisation der Bundesgeschäftsstelle abgeschlossen

**Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat eine umfassende personelle Reorganisation abgeschlossen, teilt Bundesgeschäftsführer Peter Radunski mit.**

Diese Reorganisation war angesichts der nach Bundestagswahlen üblichen personellen Veränderungen und durch das Erreichen der Altersgrenze einiger leitender Mitarbeiter nötig geworden. Diese Reorganisation trägt auch dem Gesichtspunkt einer sparsamen Haushaltsführung Rechnung, denn der Personalbestand der Bundesgeschäftsstelle entspricht nun wieder dem des Jahres 1973, das heißt statt 250 Mitarbeiter beschäftigt die Bundesgeschäftsstelle jetzt wieder unter 200 Mitarbeiter.

Diese Einsparungen konnten ohne Entlassungen erreicht werden. Mit Wirkung vom 1. März hat Generalsekretär Heiner Geißler Karl-Joachim Kierey (Hauptabteilung III — Öffentlichkeitsarbeit) und Karl Schumacher (Hauptabteilung IV — Organisation) zu neuen Hauptabteilungsleitern bestellt. Die Bundesgeschäftsstelle gliedert sich nunmehr in vier Hauptabteilungen, die von folgenden Mitarbeitern geleitet werden:

Hauptabteilung I	(Personal/Verwaltung):	Dr. May
Hauptabteilung II	(Politik):	Dettling
Hauptabteilung III	(Öffentlichkeitsarbeit):	Kierey
Hauptabteilung IV	(Organisation):	Schumacher

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat damit ihre für die zukünftige Arbeit, insbesondere für die Vorbereitung der nächsten Bundestagswahlen, notwendige Organisationsstruktur erhalten.



Heiner Geißler und Peter Radunski ehrten am 26. Februar 1982 im Bonner Konrad-Adenauer-Haus auf einem Empfang die Verdienste zweier langjähriger Mitarbeiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle: Dr. Hildegard Schlüter und Andreas Nathan, die im Februar ihr 65. Lebensjahr vollendeten und jetzt in den Ruhestand treten.

Dr. Hildegard Schlüter, die am gleichen Tag mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt wurde, gehörte dem Haus seit 1959 an und war maßgeblich am Aufbau des Archivs beteiligt. Unter ihrer Leitung gewann das Archiv des Adenauerhauses eine über die Interessen der CDU hinausgehende Bedeutung. Journalisten und Behörden bedienten sich gern des Kenntnisreichtums und der Hilfsbereitschaft von Frau Dr. Schlüter.

Abteilungsleiter Andreas Nathan gehört zu den Pionieren beim Aufbau der CDU-Bundesgeschäftsstelle nach dem Krieg und ist Träger des Bundesverdienstkreuzes. Er war von Anfang an dabei. Als Fachmann für Personal und Verwaltung schuf Andreas Nathan ganz wesentlich die Grundlagen für das moderne Management der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Er war in seiner bescheidenen Zurückhaltung für alle Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle ein Vorbild der Pflichterfüllung.



# Zur Sache:

Datum: März 1982

## Rechnung

der SPD/FDP für die Arbeitnehmer und Rentner

### Größte Wirtschafts- und Sozialkrise seit Bestehen der Bundesrepublik:

fehlende Arbeitsplätze (vor allem für Frauen, Jugendliche, ältere Arbeitnehmer und Schwerbehinderte)	2 Millionen
dazu noch Kurzarbeiter und Arbeitnehmer, die zwar arbeiten wollen, aber vom Arbeitsamt nicht mehr als arbeitslos registriert werden	1,2 Millionen
Preissteigerungen allein im Jahr 1982	6 Prozent
Kaufkraft Ihres Einkommens	weniger als vor einem Jahr

### Außerdem berechnen SPD und FDP den sozial Schwachen:

Sozialleistungen beseitigt, beschränkt oder gekürzt bei über **80 sozialen Vorschriften**

**Mehrfachbelastung von Arbeitnehmerfamilien** mit Kindern (z.B. Kindergeldkürzung, Mehrwertsteuererhöhung, Beitragssatzerhöhungen in der Arbeitslosenversicherung) aufs Jahr gerechnet über **800 DM**

**Mehrfachbelastung der Rentner** (z.B. Rentenkürzungen durch vorgezogenen Krankenversicherungsbeitrag und als Nachwirkung des Rentenbetrugs) aufs Jahr gerechnet über **2000 DM**

**Im Dauerauftrag buchen SPD und FDP ab:**

nicht gehaltene Versprechungen	regelmäßig
Rentenbetrug	wiederholt
Belastung mit Steuern und Sozialabgaben (neuerdings Mehrwertsteuererhöhung geplant)	mehrfach
Volkswirtschaftlicher Gesamtverlust	weit über 200 Mrd DM

**So bitten Sie SPD und FDP fortlaufend zur Kasse. Denn: Sozialisten können nicht mit Geld umgehen. Vor weiteren Rechnungen dieser Art schützt nur eine neue Regierung.**

**Unser Land braucht einen neuen Anfang**

**CDU**  
**/// sicher  
sozial  
und frei**



UNION BETRIEBS GMBH  
 POSTFACH 24 49  
 5300 BONN 1  
 POSTVERTRIEBSSTÜCK  
 Z 8398 C  
 GEBÜHR BEZAHLT

## TERMINE

- 5./6. 3. **CDA Saar**  
 Klausurtagung Landesvorstand  
 Bostal
5. 3. **Frauenvereinigung Saar**  
 Landesausschuß, Merzig
5. 3. **Frauenvereinigung Saar**  
 Gespräch mit Min. Prof. Dr. Knies  
 Merzig
5. 3. **LV Hessen**  
 Landesvorstand, Fernwald
5. 3. **LV Rheinland**  
 Landesvorstand, Köln
6. 3. **EAK Bund**  
 Regionaltagung Nord  
 Hamburg
6. 3. **Junge Union Rheinland**  
 Landestagung, Neuss
6. 3. **LV Hessen**  
 Anhörung berufl. Weiterbildung  
 Weiterstadt
7. 3. **Schleswig-Holstein**  
 Kommunalwahl
8. 3. **CDU-Bundesvorstand**  
 Sitzung, Bonn
8. 3. **CDU-Präsidium**  
 Sitzung, Bonn
8. 3. **LV Schleswig-Holstein**  
 Landesvorstand
10. 3. **Frauenvereinigung**  
 Schleswig-Holstein  
 Landesvorstandssitzung, Kiel
10. 3. **MIT-Rheinland**  
 Landestagung, Mönchenglad-  
 bach
11. 3. **KPV Schleswig-Holstein**  
 Landesvorstandssitzung mit KV  
 Kiel
- 12./13. 3. **CDA Bund**  
 Geschäftsführ. BuVo/BuVo  
 Königswinter
12. 3. **Frauenvereinigung Bund**  
 BFA-Familienpolitik, Bonn
- 12./13. 3. **LV Baden-Württemberg**  
 Klausurtagung KV und KGF
12. 3. **LV Berlin**  
 Landesvorstand mit MdB, Berlin
12. 3. **LV Berlin**  
 Landesausschuß (2), Berlin  
 RH Schöneberg
12. 3. **LV Hessen**  
 KGF-Konferenz, Fernwald
12. 3. **LV Hessen**  
 Reg. Bürgermeister — Konferenz  
 Mittelhessen
12. 3. **LV Westf.-Lippe**  
 Geschäftsführ. Landesvorstand  
 Dortmund
12. 3. **LV Westf.-Lippe**  
 Landesvorstand, Dortmund
12. 3. **LV Rheinland-Pfalz**  
 Landesvorstand, Mainz
13. 3. **CDA Westfalen-Lippe**  
 Bezirkstg. Westf. Industriegeb.  
 Castrop-Rauxel
13. 3. **LV Schleswig-Holstein**  
 Landesausschuß

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44 -3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

**UID**